

Freistaat Bayern: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Paul Fischer & Eva-Maria Unger

Ein politisches Schwerpunktthema der Bayerischen Staatsregierung – insbesondere vor dem Hintergrund der Flüchtlingsströme nach Europa – sind Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit, u.a. Zusammenarbeit mit Partnern, um in den Entwicklungs- und Schwellenländern zur Verbesserung der Lebensbedingungen sowie zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheit beizutragen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Fluchtursachenbekämpfung zu.

Zum Jahreswechsel 2013/2014 hat die Bayerische Staatskanzlei vom Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (StMWi) die Zuständigkeit der Grundsatzfragen und Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb der Bayerischen Staatsregierung übernommen. Bei ressortübergreifenden Maßnahmen hat die Staatskanzlei die Federführung inne, so z.B. die Koordinierung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Arbeitskreis Entwicklungszusammenarbeit (AK EZ). Die Zuständigkeitsverlagerung ergänzt die seit 2004 in der Staatskanzlei bestehende Funktion eines offiziellen Ansprechpartners der Bayerischen Staatsregierung für die bayerischen Nichtregierungsorganisationen (NGO's) im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, derzeit die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen in der Bayerischen Staatskanzlei, Frau Dr. Beate Merk. Sie hält engen Kontakt zum Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., dem Dachverband der bayerischen Eine Welt-Gruppen, und gewährleistet damit die politische Begleitung und Unterstützung der Eine Welt-Arbeit der bayerischen NGO's bei der Hilfe zur Selbsthilfe zum Aufbau nachhaltiger Strukturen in der „Einen Welt“. Im Mittelpunkt stehen Nord-Süd-Kooperationen mit ausgewählten Partnerregionen, insbesondere Südafrika (Gauteng und Westkap), Indien (Karnataka) und Brasilien (São Paulo), aber auch Tunesien zur Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses.

Nachfolgend eine Auswahl relevanter Maßnahmen:

- Fortbildungsseminare in Bayern bzw. in den Partnerländern zu den Themen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Abfallbehandlung für Experten aus Angola, Ghana, Madagaskar, Mosambik, Nigeria, Südafrika (Partnerprovinzen Gauteng und Westkap) sowie aus der VR China (Partnerprovinz Shandong)
- Fortbildungsseminare in Bayern zu den Themen „Ökotourismus“ und „Kommunale Entwicklung“ für Experten aus Tunesien
- Kooperationsprogramme „Neue Technologien - insbesondere Erneuerbare Energien und Umwelttechnologien“ mit Experten aus Brasilien und Mexiko
- Zusammenarbeit mit der Partnerprovinz Shandong/VR China in den Bereichen berufliche Bildung, ländliche Entwicklung, energieeffizienter Städtebau und Vermessungswesen
- Zusammenarbeit mit der Partnerprovinz Guangdong/VR China in der beruflichen Bildung
- Wasserpartnerschaft mit dem Bundesstaat Karnataka/Indien
- Berufsbildungsprojekt „GOL – Dein Tor in die Zukunft“ im Bundesstaat São Paulo/Brasilien
- Verschiedene Kooperationsprojekte mit der Partnerregion Westkap/Südafrika in den Bereichen erneuerbare Energien, berufliche Bildung, Pflege, Landwirtschaft, Jugend- und Schüleraustausch und Unterstützung der Zivilgesellschaft

Gemeinsam ist allen diesen Partnerschaften, dass sie eine gute Möglichkeit darstellen, um ein breites gesellschaftliches Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren. Die Vielfalt der Partnerschaftsbeziehungen von Kommunen, Schulen, Vereinen, Kirchen und Universitäten sind dabei eine wesentliche Ressource für die bayerische Entwicklungspolitik. Voraussetzung ist dabei immer, dass die Partnerschaften auf Augenhöhe und unter Wahrung der beiderseitigen Interessen und Bedürfnisse gestaltet werden. Dieses bürgerschaftliche Engagement zu stärken und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen ist das Ziel des „Bayerischen Eine Welt-Preises“, der seit 2012 alle zwei Jahre vom Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, gemeinsam mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. verliehen wird.

Als Beispiel für einen erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Dialog im Rahmen einer Nord-Süd-Partnerschaft soll hier auf den Austausch zwischen dem *Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.* und dem *Western Cape Network for Community, Peace and Development (WCN CPD)* hingewiesen werden.

Das *Western Cape Network* wurde 2005 gegründet und umfasst inzwischen etwa 40 Mitgliedsgruppen. Mehrere Aktionsformen des Eine Welt Netzwerks Bayern wurden vom Western Cape Network als vorbildlich auch für die eigene Arbeit angesehen und sollen zukünftig selbst genutzt werden. Es wird inzwischen von der Regierung von Westkap als Vertretung der zivilgesellschaftlichen Gruppen anerkannt. Die Kontakte wurden von offizieller südafrikanischer Seite als Bestandteil der Partnerschaft Bayern – Westkap gewürdigt und haben in die von Ministerpräsident Seehofer und Premierministerin Zille im September 2010 in Kapstadt erneuerte Partnerschaftserklärung und den gemeinsamen Aktionsplan Eingang gefunden. Beide Seiten sprachen sich im Rahmen der offiziellen Beziehungen für die Unterstützung von Partnerschaften zwischen Kommunen, Schulen, Kirchengemeinden und NGOs in Bayern und Westkap aus. Anlässlich der Regierungschefkonferenz der Partnerregionen unterzeichnete Staatsministerin Dr. Beate Merk mit Minister Dr. Ivan Meyer, dem Beauftragten der Regierung Westkap für die Partnerschaft mit Bayern, am 13.7.2016 in München den aktuellen Aktionsplan 2016-2018, der über 40 Projektfortschreibungen und auch neue Projekte enthält in den Bereichen Wirtschaft und berufliche Bildung, Wissenschaft und Forschung, Förderung der Kommunalverwaltung, Umwelt und Klimaschutz, Kommunale Partnerschaften, Brand- und Katastrophenschutz, Bauwesen / Energieeffizienz / Stadtentwicklung, Jugendaustausch, Austausch im Bereich der Schulen und Entwicklungszusammenarbeit, Landwirtschaft, Kultur, sowie die Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft.

Der neue Aktionsplan gibt einen aktuellen Überblick über die enorme Dichte und Breite der bereits laufenden und der in Vorbereitung befindlichen Kooperationsprogramme zwischen den Regierungen von Bayern und Westkap und bietet insbesondere für die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen vor Ort durch die Kenntnisnahme seitens der Regierung von Westkap einen Bezugsrahmen. Ein Highlight ist dabei der erneut vereinbarte individuelle Schüleraustausch zwischen Bayern und Westkap über den Bayerischen Jugendring, der bereits Bestandteil des Aktionsplans 2013-2015 war. Inzwischen gibt es erste Partnerschaften zwischen bayerischen Gymnasien und Sekundarschulen in Westkap. Durch den Besuch einer Delegation von Abgeordneten des Parlaments von Westkap in München im November 2017 wurden die Beziehungen zum Bayerischen Landtag gefestigt.

Bei Entwicklungsprojekten mit Westkap liegt der Schwerpunkt auf den Bereichen der Bildung, des Gesundheitswesens und der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten.

Afrika

Afrika wird auch weiterhin im Fokus der bayerischen Politik stehen. Bezeichnend: Gleich der erste Termin von Staatsministerin Dr. Beate Merk in ihrer Zuständigkeit als „bayerische Außenministerin“ fand mit einem Vertreter Südafrikas statt: am 21.10.2013 traf Frau Dr. Merk in der Bayerischen Staatskanzlei Denis Goldberg, den langjährigen Wegbegleiter und Mitangeklagten von Nelson Mandela im Rivonia-Prozeß (er war deshalb 22 Jahre in Haft), zu einem Gespräch. Unser großer Nachbarkontinent verdient unsere ganze Aufmerksamkeit – nicht nur als Krisenkontinent, der er in Teilen leider auch ist, sondern insbesondere als Chancen- und Wachstumskontinent! Ein Kontinent mit einer jungen, dynamischen Bevölkerung, die weiter wachsen wird! Diese Menschen sind ein großer Schatz, sie brauchen faire Chancen und Perspektiven für die Zukunft. Afrika braucht auch weiterhin die Unterstützung der Weltgemeinschaft. Bayern begrüßt deshalb die neuen Leitlinien zur Afrikapolitik, die 2014 vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgelegt wurden. Damit würdigt die Bundesregierung die steigende Bedeutung Afrikas für Deutschland und hat nicht von ungefähr das Thema auch zum Schwerpunkt ihrer G 20-Präsidentschaft in 2017 gesetzt.

Afrika ist ein junger, dynamischer und optimistischer Kontinent, voller Energie, Ideenreichtum und Antrieb. Afrika ist aber auch ein Kontinent der Herausforderungen.

- Ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze von 1,90 US-Dollar pro Tag. Jeder Fünfte leidet an Hunger, soziale Sicherungssysteme sind schwach. Die Hälfte der Bevölkerung hat keinen Zugang zur Stromversorgung.
- Afrika wird sich in einer Generation verdoppeln, auf 2,4 Milliarden Menschen im Jahr 2050. Das Durchschnittsalter liegt bereits heute bei 17 Jahren. Das sind Millionen junge Menschen, die Schulen, Ausbildungsplätze, Universitäten, aber vor allem Jobs brauchen. Afrika braucht jedes Jahr etwa 20 Millionen neue Arbeitsplätze.

Um all diese Herausforderungen anzugehen, reicht klassische Entwicklungszusammenarbeit nicht aus. Das BMZ hat daher Ende 2016 den „Marshallplan mit Afrika“ präsentiert, der seitdem fester Bestandteil des politischen Diskurses um Entwicklungszusammenarbeit und Afrika ist. Die Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika sind dabei kein bloßer Finan-

zierungsplan, wie es der ursprüngliche Marshallplan war, sondern vor allem ein Mobilisierungsplan, den Bayern begrüßt und unterstützt.

Bayern unterhält seit 2012 eine Partnerschaft mit Tunesien, dem Ursprungsland des Arabischen Frühlings, um den dortigen demokratischen Transformationsprozess zu unterstützen. Schwerpunkte des neuen Aktionsplans 2015 - 2018 sind Projekte im Bereich kommunale und regionale Entwicklung, Staats- und Verwaltungsaufbau, berufliche Bildung, Tourismus und Regional- und Landesentwicklung, Bildung, Hochschulen, Forschung und Innovation, Stadtplanung, innere Sicherheit und Justiz. Ein neuer bayesisch-tunesischer Aktionsplan wird voraussichtlich die Schwerpunkte für den Zeitraum 2019 - 2022 abbilden.

Fluchtursachenbekämpfung im Rahmen der Einwanderungs- und Asylpolitik

Die Beziehungen zu Afrika müssen nicht zuletzt in Zusammenhang mit der Bekämpfung von Armut und Fluchtursachen gesehen werden. Die bayerische Asyl- und Flüchtlingspolitik basiert auf den drei Eckpfeilern Humanität bei Aufnahme und Betreuung, Schutz vor Missbrauch und Hilfe in den Herkunftsländern. Zielgerichtete entwicklungspolitische Maßnahmen sind dem dritten Pfeiler zuzuordnen. Bayern hat jedoch kein eigenes Entwicklungsministerium. Fluchtursachenbekämpfung erfolgt im Rahmen von einzelnen Projekten, die Partner zusammenbringen. Der Arbeitsinhalt ist ein anderer als beim Bund: Die Staatskanzlei kann keine Katastrophen- und Nothilfe leisten; die vorhandenen Haushaltsmittel werden für ausgewählte Projekte in den Schwerpunktbereichen schulische und berufliche Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung und Verwaltungsaufbau sowie die Eine Welt-Arbeit in Bayern verwendet.

Die auch für Fragen der Entwicklungspolitik zuständige Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen in der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Beate Merk MdL, bringt sich selbst in vielfältiger Weise unmittelbar auf Bundes-/europäischer und internationaler Ebene in das Thema der Fluchtursachenbekämpfung im Rahmen der Einwanderungs- und Asylpolitik ein und hat bei verschiedenen Gelegenheiten die bayerischen Forderungen an Bund und EU vorgebracht. Sie reiste in den Jahren 2016 und 2017 u.a. nach Jordanien, Kurdistan-Irak, Libanon, Senegal sowie mehrfach nach Tunesien, um die Regierung des jeweiligen Landes über das geplante bayerische Engagement zu informieren und um einen unmittelbaren Eindruck der Situation vor Ort zu bekommen.

Sonderprogramm „Perspektiven für Flüchtlinge in ihren Heimatländern“

Strukturelle Fluchtursachen wie Armut, schlechte Regierungsführung, Korruption oder Umweltzerstörung /Klimawandel hingegen können mit den Mitteln der Entwicklungspolitik angegangen werden. Ziel muss sein, die Lebensperspektiven der Menschen in den betroffenen Staaten und Regionen durch gezielte Hilfen spürbar und nachhaltig zu verbessern. Auch Bayern wird hierzu einen Beitrag leisten:

Die Bayerische Staatsregierung hat auf Vorschlag der Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen bei ihrer Klausurtagung in St. Quirin im Juli 2016 ein zweijähriges Sonderprogramm zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern von Flüchtlingen beschlossen. Mit der Hilfe vor Ort sollen ergänzend zum Bund, aber in eigener Verantwortung, konkrete Projekte vor Ort gefördert werden, die Menschen in ihrer Heimat oder heimatnah Lebens- und Bleibeperspektiven eröffnen. Dadurch sollen auch der Migrationsdruck auf Europa und die damit verbundenen Risiken für die Sicherheit weiter minimiert werden. In den Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 werden dafür insgesamt 20 Millionen Euro eingestellt.

Das Programm sieht eine Fokussierung des Engagements der Staatsregierung in ausgewählten Schwerpunktländern und Handlungsbereichen vor:

Nordirak und Libanon:

Lebensbedingungen in Herkunfts- und Anrainerstaaten verbessern

Hauptbetroffen als Erstfluchtländer im Nahen Osten, dem aktuellen Brennpunkt der Migration nach Deutschland, sind die Syrien-Anrainer Irak, Libanon und Jordanien sowie die Türkei. Allein aus Syrien sind mehr als 5 Mio. Millionen Menschen geflohen, die meisten davon in diese Nachbarländer.

Als Schwerpunktländer und -region für ein Engagement Bayerns bietet sich die Autonome Region Kurdistan-Irak an. Die kurdische Regierung im Nord-Irak verteidigt und verwaltet ihr Gebiet sehr effektiv und profitiert dabei von einer dicht gewobenen Gesellschaftsstruktur. Sie haben bislang 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, bei gut fünf Millionen Einwohnern. Bis 2014 noch eine wirtschaftlich florierende Region, lasten jetzt der Ölpreisverfall und eine Krise mit der Zentralregierung in Bagdad schwer

auf ihr. Die Staatsregierung konzentriert sich dabei auf Projekte in der Region Erbil.

Weiteres Zielland und Schwerpunktland in der Region ist das Aufnahme-land Libanon. Kein anderes Land auf der Welt hat im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl so viele Flüchtlinge aufgenommen wie der kleine Staat im Nahen Osten: Im Libanon, einem Land mit vier Millionen Einwohnern, leben seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges mehr als eine Millionen *registrierte* (die tatsächliche Zahl dürfte wesentlich höher sein!) syrische Flüchtlinge. Daneben leben im Libanon schon seit Jahrzehnten zahlreiche palästinensische Flüchtlinge.

In beiden Ländern sollen vor allem Initiativen gefördert werden, die an strukturellen Mängeln und damit elementaren Ursachen für Flucht und Migration ansetzen:

- Schulische und berufliche Bildung
- Wasser- und Gesundheitsversorgung.

Aus Mitteln des Sonderprogramms wurden im Nordirak bereits verschiedene (Fach-)Seminare der bfz gGmbH Hof im Bereich Aus- und Fortbildung gefördert. Daneben wird ein Projekt von UNICEF zur Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für binnenvertriebene und einheimische Jungen und Mädchen im Gouvernement Erbil sowie das Projekt des THW zur Stärkung des regionalen Katastrophenschutzes und Aufbau humanitärer Infrastruktur in Erbil finanziell unterstützt. Schwerpunkt im Libanon ist der Bereich berufliche Bildung. Die Staatsregierung fördert u.a. Berufsschulprojekte der Orienthelfer e.V., der bfz gGmbH sowie der Rotary-Clubs Pfaffenhofen und Wasserburg/Inn.

Tunesien: Stabilität in den nordafrikanischen Staaten stärken

Ob es zu weiteren Fluchtbewegungen nach Europa kommt, hängt wesentlich auch von der Stabilität der Mittelmeeranrainerstaaten ab. Sie müssen daher durch eine gute Kooperation gestützt und stabil gehalten werden.

Schwerpunktland Bayerns soll Tunesien sein und bleiben. Die demokratische Ordnung im Ursprungsland des „Arabischen Frühlings“ ist fragil, hat aber schon seit mehreren Jahren Bestand. Die seit einigen Jahren entwickelte strategische Regierungspartnerschaft soll aktiv fortgeführt und ausgebaut werden.

Die möglichen Handlungsfelder in der Zusammenarbeit mit Tunesien sollen wie bisher breit angelegt sein:

- Staat, Verwaltung, Gesellschaft,
- Bildung und Wissenschaft,
- wirtschaftliche Zusammenarbeit,
- Infrastruktur,
- Umwelt und Klimaschutz.

Aus Mitteln des Sonderprogramms werden beispielsweise zwei Projekte der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) gefördert, die mit ihrem Demokratiebezug für die Staatsregierung von besonderem Interesse sind: die „Etablierung von Zentren zur Stärkung der Netzwerkbildung und der partizipativen Demokratie in Tunesien“ sowie die „Förderung der tunesischen Volksvertreterversammlung (ARP) unter besonderer Berücksichtigung der neu geschaffenen Parlamentsakademie“. Daneben sind für 2018 zwei Berufsbildungsprojekte in Planung.

Senegal: Rückkehr für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive erleichtern

Viele Asylsuchende, insb. aus Afrika, kommen als Wirtschaftsflüchtlinge nach Bayern; sie haben keine dauerhafte Bleibeperspektive und müssen zumeist wieder in ihre Heimat zurückkehren. Hier sollen besondere Initiativen für abgelehnte Asylbewerber gefördert werden, die ihnen eine verlässliche Rückkehrperspektive in ihr Heimatland eröffnen.

Für die Staatsregierung bietet sich hier eine Zusammenarbeit mit dem Senegal an – ein sicherer Herkunftsstaat mit hohen Erstantragszahlen, geringer Schutzquote und vielen Ausreisepflichtigen in Bayern. Die Kooperation Senegals bei der Rücknahme der eigenen Bürger ist aus Sicht der Staatsregierung derzeit nicht zufriedenstellend. Dies wäre der Ansatzpunkt für konkrete Maßnahmen. Die Durch- und Fortführung entsprechender Reintegrationsprojekte im Senegal soll dabei auch an die Bereitschaft zur Rückübernahme der eigenen Staatsangehörigen durch die Verantwortlichen im Senegal gekoppelt werden („more for more“).

Bayern will besonders für diese Rückkehrer, aber auch für fluchtgeneigte einheimische Bevölkerung, die sich noch nicht auf den Weg nach Europa/Deutschland gemacht hat, Projekte vor Ort auf- oder ausbauen, die diesen Menschen eine Perspektive bieten kann. Denkbar sind z.B. Bildungs-

bzw. Ausbildungsprojekte oder gezielte niederschwellige Existenzgründungshilfen.

Aus Mitteln des Sonderprogramms wird dem Projekt des BMZ *Réussir au Sénégal* der GIZ ein eigener bayerischer Baustein hinzugefügt. Mit finanzieller Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung sollen in der Region Thiès, die mit Bayern bereits über die Diözesan-Partnerschaft zwischen Thiès und Bamberg verbunden ist, neue Erwerbsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen werden. Damit soll dazu beigetragen werden, dass gerade im ländlichen Raum junge Menschen eine Perspektive haben.

Das Programm „Perspektiven für Flüchtlinge in ihren Heimatländern“ wird gemeinsam mit geeigneten Projektträgerorganisationen, kirchlichen Hilfswerken und sonstigen Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Die bayerische Wirtschaft ist eingeladen, sich zu beteiligen. Durch die Einbindung des BMZ und des Auswärtigen Amts in die Projektplanung ist in den Schwerpunktländern die wichtige Koordination von Bundes- und Landesprojekten gewährleistet.

Nachhaltigkeit und Subsidiarität als Leitlinien der Partnerschaftsarbeit

In der gemeinsamen Eine Welt-Arbeit mit der Zivilgesellschaft setzt die Staatsregierung auf ein durch ein konstruktives Miteinander geprägtes, vertrauensvolles Verhältnis, das durch zwei Prinzipien gekennzeichnet ist: Nachhaltigkeit und Subsidiarität. Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung vom 12. November 2013 vor dem Bayerischen Landtag ausgeführt: „Unsere Wachstumsgesellschaft braucht eine wertorientierte langfristige Lebenskultur. Unser Leitmotiv dafür ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Der Erfolg Bayerns gründet auf der Fähigkeit, den Weg zwischen Bewahren und Fortschritt trittsicher zu gehen. Wir wollen deshalb keinen Fortschritt um jeden Preis, sondern einen Fortschritt mit Verantwortung für die nachkommenden Generationen, mit Augenmaß und Ehrfurcht vor der Schöpfung.“ Entwicklungspolitische Verantwortung wahrzunehmen ist ein wesentliches Element einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Landespolitik. Nachhaltige Eine Welt-Politik ist dabei auch auf das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern angewiesen, sie ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Daher anerkennt und, wo möglich und nötig, fördert der Freistaat Bayern die enga-

gierte Arbeit der zahlreichen privaten Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, der Kirchen sowie der Unternehmen, Kammern und sonstigen Verbände – sowohl in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit in Bayern als auch in der völkerverbindenden Partnerschaftsarbeit.

Bayern pflegt seine Partnerschaften weiterhin intensiv. Dabei ist entscheidend, dass gute internationale Beziehungen die Ernte vieler kleiner Schritte und auch persönlicher Kontakte sind. Und darum ist es so wichtig, dass nicht nur die Staatsregierung, sondern auch Landtag und kommunale Gebietskörperschaften sowie gesellschaftliche Organisationen die internationalen und regionalen Kontakte pflegen und weiter ausbauen. Zusammenarbeit bringt beide Seiten voran. Beide lernen voneinander. Das weitet den Blick, eröffnet neue Horizonte und zeigt neue Wege in die Zukunft.